Redaktion und Expedition: Dresden, Pragerstr. 5, 1 Treppe. Geöffnet von 8 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends. Die Spaltige Garmondzeile (ca. 8 Silben) 15 Pfg. Unter Einsendet Zeile 20 Pfg. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben. Auswärtige Insertions-Aufträge gegen Briefmarkenbezahlung durch Briefmarken oder Nachnahme 6 Silben 15 Pfg. Inserate für Montag oder nach Festtagen Petitzeile 20 Pfg. Inserate nehmen an: Annoncen-Bureaux von Haasenstein u. Vogler, Rud. Mosse, Daube u. Co., Invalidendank, G. Müller-Gotha, M. Fiek-Magdeburg, A. Bark-Halle, B. Krebs-Berlin W., H. Steiner-Hamburg, Pischt-Teplitz. Für Rückgabe einges. Manuscripte keine Verbindlichkeit.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Th. Hofmann, Hofphotograph, Dresden, Pragerstr. 25, nächst dem Panorama, Atelier I. Ranges, gegründet 1865. Billigste Bezugsquelle für Photographien jeder Grösse in bester Ausführung. Aufnahme 9–5, Sonntags 9–3 Uhr.

Grosse Auswahl Nouveautées in Papier-Confection elegante Packungen, Briefbogen mit Couverts. Billet de Correspondence etc. J. Bargou Söhne, Dresden, Wilsdrufferstr. 21b u. Sophienstr. 6 am Postplatz.

Theater- u. Maskengarderobe von Bertha Streng bisher grosse Brüdergasse 8 befindet sich jetzt Schloss-Strasse 22, II.

Abbildungen der Dresdner Gemälde-Galerie, reproducirt nach Zeichnungen u. Stichen in Cabinet-Format Stück 15 Pf., 12 Stück incl. eleganter Mappe 1 M. 75 Pf. Cabinetbilder, Ansichten von Dresden und sächsischer Schweiz, 12 Stück incl. Mappe 2 M. Ausführliche illustrirte Preislisten werden gratis abgegeben und nach auswärts franco versandt. J. Bargou Söhne, Dresden, Sophienstr. 6 u. Wilsdrufferstr. 21b. am Postplatz.

Grabdenkmäler aus dunklem Syenit, Marmor, Serpentin, Granit und Sandstein in reicher Auswahl empfiehlt Hermann Stein, Blasewitzerstrasse 1a. Filiale: am alten Neustädter Friedhof. Geschäft gegründet 1829.

Nr. 161. 30. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl.

Aussichten für den 10. Juni: Nordwestwind mittlerer Stärke bei durchschnittlich mittlerer Bewölkung mit zeit- und stellenweisen Niederschlägen. Kühler. Bemerkung: Charakter der Witterung im Laufe des Tages wechselnd.

Dresden, 1885. **Mittwoch, 10. Juni.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Als die erste Kunde von der Verwickelung zwischen Deutschland und Zanzibar verlautete, waren unsere Freihändler sofort mit der schadenfrohen Anklage bei der Hand: Das ist nun binnen Jahresfrist schon das zweite Mal, daß seine Kolonialpolitik Deutschland zu einem bewaffneten Einschreiten nöthigt! Hierauf können die Anhänger der deutschen Kolonialpolitik nur mit dem stereotypen Ausrufe eines bekannten Wortführers der sächsischen Landwirthe antworten: „Sähr richtig!" Es wird sich auch später nicht immer vermeiden lassen, daß das Aufgebot deutscher Seemacht den überseeischen Häuptlingen und Stämmen richtigere Vorstellungen vom deutschen Reiche beibringt, als sie haben und daß sie mit Waffengewalt für unseren Angehörigen oder unserer Flagge zugefügte Unbill bestraft werden müssen. England, die größte Kolonialmacht der Welt, kommt aus derartigen Züchtigungen uncivilisirter Volksstämme gar nicht heraus. Kann Deutschland um Konflikte mit den Eingeborenen ferner Länder herumkommen, warum sollte es Das nicht thun? Zeitweilig ist aber eine Lektion unvermeidlich und sogar recht heilsam. Daß einem so jungen Kolonialstaate wie Deutschland noch Erfahrungen nöthig sind, daß ihm im Anfange Irrthümer und Fehlgriffe unterlaufen, darüber braucht man kein Wort zu verlieren. Deshalb wird sich Deutschland nicht von der Erwerbung und der Pflege von Kolonien abbringen lassen. Auch die Unkenrufe des schwachmüthigen Eugen Richter von den „Fieberkolonien" werden bei dem Wandertriebe, der Wageluft und dem Unternehmungsgeiste des deutschen Volkes nicht abschrecken. Weder die Engländer noch die Holländer haben ihre reichen Kolonien, Ostindien und Java aufgegeben, obwohl sie wissen, wie das Klima auf die sich dorthin wendenden Europäer wirkt, daß jeder Handels-Commis, der dorthin geht, Gefahr läuft, dort an einer Leberkrankheit zu sterben oder mit kranker Leber zurückzukommen. Der Unternehmungsgeist und die Gewinnlust sind eben größer als die Furcht vor den Gefahren. Wenn sich unsere afrikanischen Kolonien auch an Reichthum ihrer Produkte noch lange nicht mit Ostindien, Java und Sumatra messen können, so sind sie doch als Eingangsthore zu einem ganzen Welttheil zu betrachten, dessen Werth, Reichthum und Bedeutung für die civilisirten Völker sich jeder Abschätzung noch entzieht. Man braucht gar nicht in Kolonialschwärmerei zu machen, um die Meinung zu verfechten, daß trotz Sumpffieber, glühenden Sonnenbrandes und etwaiger blutiger Auseinandersetzungen mit Eingedornenfürsten Deutschland an seinem bisherigen Kolonialbesitze festhalten, ihn den sich einstellenden Bedürfnissen entsprechend erweitern und sich damit den ihm zukommenden Antheil bei der Austheilung Afrikas sichern wird. Es ist selbstverständlich, daß man sich der Verlockung deutscher Landleute und Ackerbautreibender zur Bodenbebauung in tropischen Kolonien grundsätzlich zu enthalten hat. Beschränkt man sich auf Plantagen-Gründungen, in welchen durch Deutsche die dortigen Landeseingeborenen zur Arbeit angehalten oder erzogen werden, sowie auf Handelsunternehmungen und deren Erweiterung, so wird kein Patriot den Nutzen einer solchen Kolonialpolitik verkennen oder über die Aufwendung kriegerischer Machtmittel zum Schutze dieser deutschen Unternehmungen jammern.

Was in Oesterreich an Reichsrathswahlen noch aussteht, kann das Schlußergebniß nicht mehr zu Gunsten der vereinigten Linken (Deutsch-Liberalen) günstiger gestalten. Es hat für außerösterreichische Leser nur ein untergeordnetes Interesse, im Einzelnen zu verfolgen, wie etwa die Landgemeinden in der Bukowina oder die Städte in Dalmatien wählen. Noch viel weniger Geschmack kann man denjenigen Absonderlichkeiten abgewinnen, die dem österreichischen Wahlgesetze ganz eigenthümlich sind. Hier genügen einige allgemeine Bemerkungen. Außer den Wählern in Stadt und Land wählt in besonderen Curien der Großgrundbesitz, der sich außerdem noch in einen fideicommissarischen und nichtfideicommissarischen theilt; endlich wählen noch die Handelskammern eigene Abgeordnete. Die letzteren sind aber durch willkürliche Eintheilungen und Ausscheidungen so gebildet, daß z. B. die in Prag und Wilsen, die bisher nur deutsche Vertreter entsandten, jetzt gar nicht anders als czechisch wählen können. Die gegen die Czechisirung der Handelskammern eingereichten Proteste deutscher Fabrikanten weigerte sich der Regierungskommissar anzunehmen; infolge dessen enthielten sich die deutschen Handelskammermitglieder der Wahl überhaupt. Wurden die Handelskammern czechisirt, so machte sich in den Wahlen der Großgrundbesitzer ein Hochdruck seitens der Regierung geltend, daß möglichst wenig Edelleute gewählt würden, die im Reichsrathe sich der Opposition anschließen. Das ist mehrfach gelungen. Es gehört schon ein hoher Grad von Selbstständigkeit und ein starkes deutsches Nationalgefühl dazu, wenn die österreichischen Fürsten, Grafen und Barone nicht ins Regierungslager abschwenken, sich weder verlocken noch einschüchtern lassen und der deutschen Sache treu bleiben. Sie würden dies freudiger thun können, wenn sie nicht im Reichsrathe sich der unter deutscher Flagge segelnden Ausbeuterpartei anschließen müßten. Der Ekel vor der Genossenschaft dieser sich mit ihrem Deutschthum brüstenden Börsenmänner treibt den Adel Oesterreichs ins Lager der Czechen und Klerikalen. Diesem Gefühl giebt der „Oesterreichische Oekonomist" folgenden starken Ausdruck: „Mit der bisherigen Staats- und Volksmißwirthschaft, welche Oesterreich dem sicheren Ruine entgegenführte, soll und muß ein Ende gemacht werden, gründlich und unerbittlich. Den modernen Raubrittern und unter sich verschworenen Cliquen, welche den Staat als die ihnen zugehörende Domäne, die Bevölkerung als die ihnen zur Ausbeutung überwiesenen Heloten ansahen, denen kein Mittel der Bestechung, des Betruges und der Hinterlist zu schlecht war, welche alle Wege kannten und auf allen Wegen zu schleichen und zu ergaunern verstanden, jenen scham- und gewissenlosen Präsidenten, Direktoren und Verwaltungsräthen, Amts-, Ehren- und Würdenträgern jeder Art, welche den Staat betrogen und die Bevölkerung korrumpirten, soll und muß endlich das Handwerk gelegt werden. Nicht länger darf der Schweiß des Volkes vergeudet und die Arbeit um ihren Lohn betrogen werden; nicht Nepotismus und Privilegium dürfen mehr fast die alleinigen Gütererwerbsmittel sein. . . . Bereits hatte die Verderbniß in den herrschenden Kreisen die letzte Stufe erreicht; das Laster hatte bereits die Scheu verloren und es giebt nicht einmal die Heuchelei der Tugend. Minister versorgten sich und die Ihrigen bis ins letzte Glied auf öffentliche Kosten und ließen sich ungestraft die schlimmsten Dinge nachsagen. Die höchsten Beamten, Deputirte, Kammerpräsidenten und Kammerräthe bettelten bei Börsejuden und -Christen um Betheiligungen bei rentablen Geschäften; die Betheiligten selbst sagten sich unter sich, die Aktionäre ihren Verwaltungsräthen und vice versa in öffentlicher Versammlung ungenirt Infamien ins Gesicht; Bilanzen wurden trotz der Aufsicht kaiserlicher Kommissäre gefälscht, fremdes Vermögen offen bei Seite geschafft. Am Staatsgut wurde unterschlagen und entwendet, wie am Privateigenthum; an dem, was nicht geliefert wird, wurde mehr verdient als am Gelieferten; der ehrliche Erwerb fand kaum das trockene Brod. Wer die Antheilnahme am öffentlichen Raube ablehnte, wurde ganz offen als kapitaler Narr angesehen und behandelt. Redlichkeit verhalf zur Lächerlichkeit und Ehrlichkeit war ein Makel geworden; die Begriffe von Sittlichkeit und Moral waren für das öffentliche Leben auf den Kopf gestellt". Wenn das österreichische Volk sich gegen die Fortsetzung dieser sich „deutsch" nennenden Wirthschaft der Verfassungspartei oder Vereinigten Linken auflehnte, so wird sich Jedermann hierüber freuen.

Um des lieben Friedens willen hat die französische Kammer den Antrag Laisant: das frühere Ministerium Ferry in den Anklagezustand zu versetzen, mit sehr großer Mehrheit abgelehnt. Die Kammer hatte vom Beginn des Abenteuers in Tonkin alle Schritte Ferry's in der Kriegführung gegen China gutgeheißen, hat ihm unzähligemale ihr Vertrauen ausgesprochen und sollte nun Ferry zur Verantwortung ziehen? Damit hätte sich die Kammer entweder als mitschuldig oder als von Ferry betrogen hingestellt. Die Kammer hat Ferry's Lügen nie geglaubt, aber stets sich so gestellt, als glaubte sie seinen Worten. Sie konnte nicht zugeben, daß sie einfältig-naiv gewesen wäre und zog daher vor, über die Vergangenheit einen Schleier zu ziehen, der ihre Schuld selbst mitbedeckt. Ferry wird also trotz seiner verlogenen, verfassungswidrigen Abenteurerpolitik nicht als Vaterlandsverräther auf der Anklagebank erscheinen. Ob er sich für diese Rettung dankbar gegen seinen Amtsnachfolger Brisson bei den Wahlen erweist, bezweifelt man durchweg.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 9. Juni.

Berlin. Der Kaiser empfing den Kronprinzen nach dessen Rückkehr von Sigmaringen und unternahm Nachmittags einen Ausflug, nachdem die gestrige Ausfahrt wegen ungünstiger Witterung unterblieben war. — Beim Bundesrathe ging ein Antrag Sachsens auf Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes über Leipzig bis 28. Juni 1886 ein. Die Entscheidung über den preußischen Antrag zur braunschweigischen Thronfolgefrage wird sich allem Anscheine nach noch einige Wochen hinziehen. — Der neue braunschweigische Gesandte v. Cramm-Burgsdorf trifft wahrscheinlich erst Mitte Juli ein, nachdem der Bundesrath zur braunschweigischen Frage Stellung genommen. — Die Klage des Direktoriums des braunschweigischen Waisenhauses gegen den König von Sachsen und den Herzog von Cumberland auf Herausgabe des Gutes Hedwigsburg, die morgen vor dem braunschweigischen Landgerichte zur Verhandlung kommen sollte, ist vorläufig ausgesetzt worden, da der Herzog von Cumberland in dem Prozesse der Stadt Genf den Streit zu verkündigen beabsichtigt, um im Falle seiner Verurtheilung von Genf, der Vermögenserbin Herzog Karls von Braunschweig, die Zahlung eines entsprechenden Theiles des Klagewerthes erhalten zu können. — Es verlautet, die Reichsregierung verhandle Zwecks der Konsolidirung unserer in Korea einer guten Zukunft entgegensehenden Handelsinteressen in der nordasiatischen Inselwelt mit der koreanischen Regierung wegen Abtretung eines Hafens auf Quelpart oder dieser ganzen Insel selbst zur Anlage einer Marinestation. Auf Quelpart befindet sich ein im englisch-russischen Konflikt vielgenannter Hafen, Port Hamilton, um den es sich hierbei handeln könnte.

Berlin. Der römische Korrespondent der „Germania" meldet, augenblicklich sei gar keine Aussicht auf Lösung der Posener Bischofsfrage. Preußen bestehe auf einem Prälaten nichtpolnischer Nationalität. Der Papst sei entschlossen, nur einen solchen zuzulassen, da der nichtpolnische Erzbischof das Vertrauen der durch die preußischen Germanisirungsbestrebungen eingeschüchterten und tiefgekränkten Bevölkerung nicht würde erlangen können. Bei dem nächsten nicht vor September stattfindenden Konsistorium würden der Erzbischof Melcher's und der Nuntius Masella, der vor 7 Jahren mit Bismarck in Kissingen verhandelte, den Kardinalshut erhalten.

Paris. Die Regierung will den Kanalerbauer Lesseps zum Präsidenten der 1889er Weltausstellung und der 100jährigen Feier der großen Revolution ernennen. Auf dem Ministerium glaubt man der verloren gegangene Aviso Renard sei infolge einer Windhose untergegangen. Die Besatzung bestand aus 7 Offizieren und 120 Mann.

London. Der heutige Kabinetsrath dauerte fünfviertel Stunden. Es heißt, die Minister beschlossen, zu demissioniren. — Bezüglich der Geneigtheit der Konservativen die Gladstone'sche Erbschaft zu übernehmen, gehen die Meldungen auseinander. Die Einen behaupten, Lord Salisbury werde alsbald an Stelle Gladstones die Regierung übernehmen, die Anderen glauben, die Konservativen würden wahrscheinlich die Uebernahme der Regierung für den Augenblick ablehnen. Alsdann würde das bestehende Kabinet bis zur Abwicklung der nöthigen Geschäfte im Amte verbleiben und dann das Parlament auflösen. Die Niederlage des Kabinets kam um so überraschender, als die innerhalb des Kabinets bestehenden Differenzen betreffs des irischen Verbrechenverhütungs-Gesetzes durchaus beseitigt worden waren. — Durch die Kunde von dem Falle Kassalas im Sudan ist die Erregung noch gesteigert worden. Es wird übrigens berichtet, daß die Garnison von Kassala nicht niedergemacht wurde.

London. Infolge der Niederlage der Regierung im Unterhause (Näheres s. Tagesgesch.) tritt das Kabinet zusammen, um seine Lage zu erwägen. Die „Daily News" haben Grund zu der Annahme, daß der Premier Gladstone unverzüglich zurücktreten werde; der „Daily Telegraph" erfährt, es sei zweifelhaft, ob die Konservativen die Regierung übernehmen werden.

Die Berliner Börse stand, wie nicht anders zu erwarten war, unter dem Einflusse der Niederlage des Kabinets Gladstone, später trat eine beruhigtere Auffassung ein, da die Londoner Börse relativ wenig durch Parlamentsvorgänge berührt wurde. Die herrschende Geschäftsunlust hatte theilweise auch die große Hitze zur Ursache. Schluß wieder schwächer, auch niedriger als London. Spekulative Banken schlossen schwächer, deutsche Bahnen wenig beachtet, aber behauptet. Fremde Bahnen schwächer, ebenso fremde Renten. Im Kassaverkehre waren deutsche Stammprioritäten fest, besonders Berlin-Dresden. Bergwerke waren matt und Industrien vernachlässigt, österreichische Prioritäten unbeachtet.

Frankfurt a. M., 9. Juni. Credit 236¼. Staatsbahn 242⅞. Lombarden —. Galizier —. Egypter 64⅝. 4proc. Ungar. Goldrente —. Gotthardbahn —. Discont —. Still.

Wien, 9. Juni. Credit 289,25. Staatsbahn —,—. Lombarden —,—. Nordwestbahn —. Marknoten —. Ungar. Credit 98,80. Ungar. Gold —. Renten —. Fest.

Paris, 9. Juni. Schluß. Rente 82,25. Anleihe 110,25. Italiener 97,65. Staatsbahn 615,00. Lombarden 283,75. do. Prioritäten —. Spanier 59,31. Oest. Goldrente — Egypter 325,00. Ottomanen 558,00. Fest.

London, 9. Juni, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 99⅛. 1873er Russen 92⅝. Italiener 95⅞. Lombarden 11¼. Türken 16⅛. 4proc. fund. Amerikaner 125½. 4proc. Ungar. Goldrente 80⅞. Oesterr. Goldrente 87. Preuß. Consols 104. Egypter 63. Ottomanbank 12⅛. Suez-Aktien 84½. — Stimmung: Ruhig. — Wetter: Regen.

Stettin, 9. Juni, Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen fester, loco 164,00, pr. Mai-Juni 168,00, pr. Juni-Juli 168,50, pr. September-October 177,50. Roggen fester, loco 140,00, pr. Mai-Juni 143,00, pr. Juni-Juli 144,00, pr. September-October 149,50. Rüböl unverändert, pr. Mai-Juni 48,50, pr. September-October 49,00. Spiritus fest, loco 42,50, pr. Mai-Juni 42,60, pr. Juli-August 44,50, pr. August-September 45,10. Petroleum loco 7,55.

Breslau, 9. Juni, Nachm. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 Proc. pr. Mai-Juni 42,50, pr. August-Septbr. 43,80, pr. Septbr.-Octbr. 44,60. Weizen pr. Mai 170,00. Roggen pr. Juni-Juli 143,00, pr. Juli-August 145,00, Septbr.-October 150,00. Rüböl pr. Mai-Juni 50,50, pr. Septbr.-October 51,00. — Zink unverkauft. — Wetter: Sehr heiß.

Lokales und Sächsisches.

— Das Kgl. Hoflager in Pillnitz soll am 16. d. eröffnet werden; Ihre Majestäten verlassen an diesem Tage Strehlen.

— Se. Exc. Kriegsminister Graf Fabrice unterzog gestern Vormittag das Gardereiterregiment einer Besichtigung.

— Am Montag Abend traf Graf Beust mit Familie, von Wien kommend, hier ein und wird einige Zeit als Gast Sr. Exc. des Herrn Finanzministers von Könneritz hier verweilen.

— Herr Geh. Regierungsrath Prof. Dr. Victor Böhmert wurde vom Gewerbeverein seiner Vaterstadt Roswein zum Ehrenmitglied ernannt. Im nächsten Herbst oder Winter wird der Genannte daselbst einen Vortrag halten.

— Der Rath sieht sich jetzt veranlaßt, in einen Prozeß gegen eine Anzahl hiesiger Brauereibesitzer einzutreten. Dieselben haben die Stadtgemeinde auf Feststellung des Rechtsverhältnisses wegen der von ihnen verlangten rückständigen Pfannenzinsen und Zweigroschengelder verklagt und der Rath hat beschlossen, in den Rechtsstreit einzutreten, für welchen er den Rechtsanwalt Stadtrath Kretzschmar mit Vollmacht versehen will. Bereits im letztvergangenen Januar erwähnten wir diese, seit langen Jahren von der Stadtgemeinde nicht mehr recht gehandhabten und dadurch auch etwas in's Unklare gerathenen Rechtszuständigkeiten, deren Neufeststellung jetzt selbst von Denen betrieben wird, die nach dem von altersher der Stadt zustehenden Rechte als deren Schuldner zu betrachten sind. Der Prozeß verspricht interessant zu werden, auch stehen für die Stadt nicht unbedeutende Summen auf dem Spiele, denn blos 1883 waren die rückständigen Pfannenzinsen auf insgesammt 146,964 Mk. (ausschließlich der von der Waldschlößchenbrauerei verweigerten Aequivalente) angewachsen. Seit grauer Vorzeit waren in Dresden die Bierbrauer gehalten, nur in den ihnen von der Stadt gelieferten Braupfannen zu brauen und dafür bestimmte Vergütung, den sogenannten Pfannenzins zu zahlen, dessen Höhe zuletzt im Jahre 1816 auf 2 Thlr. 10 Ngr. = 7 Mk. festgesetzt worden ist. Außerdem wurden noch von der Stadt Nebenabgaben von 50 Pfg. von jedem Gebräue, bez. auch 25 Pfg., unter dem Namen „Zweigroschengelder" erhoben. Die Waldschlößchen- und die Feldschlößchenbrauerei hatten sich von der Benutzung städtischer Braupfannen gegen ein jährliches Aequivalent von 600 Mk. frei gemacht. Bis 1869 wurden die Pfannenzinsen und Zweigroschengelder regelmäßig gezahlt, da aber verlangten die Brauer Wegfall der auf ihnen lastenden Verbindlichkeiten und Aufhebung der städtischen Gerechtsame. Es wurden auch Verhandlungen gepflogen, die aber nur die Folge hatten, daß von da ab nichts mehr bezahlt wurde. 1877 stellte auch das Waldschlößchen die Zahlung des jährlichen Aequivalents ein, weil — durch die Reichsgewerbegesetzgebung die Verpflichtung der Brauereien zur Abführung des Pfannenzinses weggefallen sei. Anfang d. J. hatte nun auch der Rath beschlossen, zunächst gegen einen oder zwei der Brauer den Klageweg zu beschreiten. Jetzt ist er nun gar gezwungen, als Beklagter einen Prozeß aufzunehmen, dessen Entscheidung sich auf das Fortbestehen oder die Hinfälligkeit des althergebrachten Pfannenzinses erstrecken muß.

— Ein erhobener Recurs gegen eine Verfügung des Stadtbauamtes hat jetzt den Grundstücksbesitzern auf dem zwischen der Bauhof- und der Wölfnitzstraße gelegenen Theile der Floßhofstraße doch wesentlichen Gewinn gebracht. Die bezeichnete Straßenstrecke soll, weil über ihren schlechten Zustand viel geklagt wird, mit Hauptschleuße versehen, und abgepflastert werden, und die bezeichneten Grundstücksbesitzer wurden auf Grund baupolizeilicher Bestimmungen aufgefordert, die gesammten, auf 8400 Mk. veranschlagten Kosten zu tragen. Ein Betheiligter fand dies nicht gerecht und wandte sich mit Recurs an die kgl. Kreishauptmannschaft, welche entschied: daß die Anlieger nur die Hälfte der geforderten Kosten zu tragen verpflichtet seien. Es bleibt nun nichts übrig, als die andere Hälfte, an 4696 Mk., aus der Stadtkasse zu bestreiten.

— Vor Kurzem fand eine Privatbesprechung der Stadtverordneten statt, in welcher man darüber berieth, ob zu Gunsten des wegen Beleidigung des Stadtraths zu 14 Tagen Gefängniß gerichtlich verurtheilten Stadtverordneten, Herrn Baumeister Hartwig, Etwas zu thun sei? Man einigte sich zu einem Gesuche an den Stadtrath, daß dieser, als der Beleidigte, sich dafür in's Mittel schlage, daß die Zeheitsstrafe in eine entsprechende Geldstrafe umgewandelt werde. Ein dementsprechendes Befürwortungsgesuch ist auch von der reichlichen Hälfte des Stadtverordnetenkollegs unterzeichnet und an den Stadtrath gerichtet worden. Neuerdings aber haben mehrere der Unterzeichner ihren Namen wieder zurückgezogen, seitdem über die Unterstützung des Tischlerstreiks durch Herrn Baumeister Hartwig ein bis zuletzt gehegter Zweifel nicht mehr aufrecht zu erhalten ist.

— Die Stadtverordneten haben neulich erklärt, sie könnten das vom Rath betonte dringende Verkehrsbedürfniß zur Einlegung eines Doppelgeleises auf der Pferdebahnlinie in der Blasewitzerstraße zwischen Reißiger- und Kreuzerstraße nicht anerkennen, da dasselbe, nach ihrer Anschauung lediglich dem Interesse der Pferdebahn dienen würde. Ohne die Richtigkeit dieser Anschauung anzuerkennen, beschließt der Rath doch, die Angelegenheit für jetzt nicht weiter zu verfolgen. — Dagegen bleibt der Rath einem anderen Antrag der Stadtverordneten gegenüber bei seinem früheren Beschlusse stehen, nach welchem die Frage, ob eine vertragsmäßige Verpflichtung der Straßenbahngesellschaft zur Tragung der Kosten für die Beschotterung der Straße bestehe, verneint, und die Entschließung darüber, ob die Kosten der vor Einlegung von Doppelgeleis zu bewirkenden Verbreiterung der Straße von der Gesellschaft gefordert werden sollen, bis dahin vorbehalten worden ist, wo die letztere mit Anträgen an den Rath sich wenden werde, deren Bewilligung nicht sowohl im öffentlichen Verkehrsinteresse, als vorzugsweise im Interesse der Gesellschaft gelegen ist.

— Bei der vorgestrigen Anwesenheit Sr. Majestät des Königs in Radeburg hatte Herr Hoftraiteur Siegel von Dresden die Ehre im Königszelt auf dem Ausstellungsplatze das Frühstück für 60 Personen und Nachmittags 4 Uhr ein opulentes Buffet mit Erfrischungen herzustellen.